



Dieses ist alsdann gleich bei der ersten Verkündigung des Wahltermins bekannt zu machen, auch darf die Wahl der ersten und die der letzten Abtheilung nicht länger als spätestens acht Tage auseinanderliegen. Das Resultat der Wahl ergiebt sich in diesem Falle erst aus der Zusammenrechnung der Stimmen aus allen Abtheilungswahlen. 31) Nach vollendeter Wahlprüfung ordnet das Konstituendum die namentliche Bekanntmachung der Gewählten von der Kanzel an. Am nächsten Sonntage nach dieser Bekanntmachung an die Gemeinde erfolgt die kirchliche Einführung und Verpflichtung der Mitglieder des Gemeindefinanzraths durch den Pfarrer. 32) Ueber die den Gemeindefinanzräthen zuweisenden Beratungsgegenstände und über die besonderen Pflichten der Geistlichen als Vorsitzenden der Gemeindefinanzräthe für die Pflege und Förderung dieser Institution bleibt eine besondere Anweisung vorbehalten.

[Diplomatische Verhandlungen mit England.] Die preussische Regierung hat, wie die „N. P. Z.“ hört, eine Depesche an ihren Gesandten in London, Grafen Bernstorff, wegen der im Blaubecher bekanntlich veröffentlichten Depesche des Lord Bloomfield an Lord Russell, eine Unterredung des Erstern mit dem Minister Fehren. v. Schleinig betreffend, abgeben lassen. Es wird darin zuvörderst der Inhalt des Gesprächs, wie dasselbe der Lord Bloomfield an Lord Russell berichtet, als ziemlich ungenau und die Deutungen, die an das Gespräch geknüpft werden, als ungerechtfertigt bezeichnet. Außerdem aber beklagt sich die preussische Regierung über die Veröffentlichung solcher vertraulichen diplomatischen Unterredungen überhaupt, und sie bedauert, daß dieselbe ihr für die Folge England gegenüber eine größere Zurückhaltung auferlegen, obwohl sie erkennt, daß gerade ein offenes Aussprechen der Stellung beider Mächte zu einander entsprechen möchte. Das Blatt bemerkt dazu, daß der Inhalt der Depesche ihm von unterrichteter Seite in der vorliegenden Weise und mit dem Bemerkten mitgetheilt worden ist, daß die Depesche selbst in wortgetreuer Uebersetzung veröffentlicht werden wird.

[Die karlistische Schilderhebung in Spanien.] In gut unterrichteten Kreisen neigt man hier der Vermuthung zu, daß die französische Politik bei der verunglückten karlistischen Schilderhebung in Spanien die Hand im Spiele habe. Es mag für den ersten Anblick widersinnig erscheinen, daß man, ganz abgesehen von der Hoffnungslosigkeit des Unternehmens, in den Tuilerien wünschen könne, den legitimen Zweig der Bourbonen in Spanien ans Ruder zu bringen. Doch könnte die französische Politik hierbei ganz andere Zwecke verfolgen. Bekanntlich wünscht die Königin Isabella und mit ihr eine am Madrider Hofe mächtige Partei, dem Papste ein spanisches Truppenkorps zur Verfügung zu stellen. Sich dem mit Gewalt zu widersetzen, könnte dem Kabinett der Tuilerien, mit Hinblick auf seine schon sehr getrübbten Beziehungen zum heiligen Stuhle, nur höchst unerwünscht sein. Eine Schilderhebung des spanischen Prätendenten, dessen Sache stets die Sympathien des Vatikans für sich gehabt hat, dürfte nun leicht Argwohn und Verstimmung in Madrid erregen und die hülfsbereite Theilnahme der Königin Isabella für den Papst abschwächen. Von dieser Auffassung aus würde der oben ausgesprochene Verdacht gegen die französische Politik weniger unwahrscheinlich sein. (R. 3.)

Aachen, 7. April. [Augsburger Klatsch.] Die „Aachener Zeitung“ schreibt: Die Augsburger Allgemeine ließ sich vor Kurzem aus Saarlouis schreiben: „Das Gefühl der Dinge, die da kommen sollen, geht so weit, daß man auf deutschem Gebiete bereits eine freie Meinungsäußerung über die Maßregeln Louis Napoleons scheut, um nicht früher oder später in Unannehmlichkeiten zu gerathen.“ Hinzugefügt wird dann: „in Aachen wage fast Niemand mehr, sich über Louis Napoleon zu äußern.“ Wir hoffen, durch diese Mittheilung den Lesern, denen die Augsburgerin nicht zu Gesicht gekommen, einigen Stoff zum Lachen gegeben zu haben. Aber die Sache hat auch ihre ernste Seite. Das Augsburger Blatt ist zwar durch die „Schwefelbände“ in etwas bösen Geruch gekommen, aber ein Organ, welches das Vorrecht sich anmaßt, das deutscheste der deutschen zu sein, sollte keiner deutschen Stadt den Vorwurf der Feigheit machen. Man sollte erst zwei Mal nachfragen, ob nicht eine Kugel dahinter stecke. Wie man in Saarlouis denkt, wissen wir nicht, aber wir halten die guten Leute dort für nicht schlimmer als Andere, und über unser Aachen wissen wir Bescheid. Wir haben noch nirgend, an keinem öffentlichen Orte von jener Scheu der Meinungsäußerung verspüren können, im Gegentheil die „Maßregeln Louis Napoleons“ immer mit Namen benennen hören, die keinem Komplimentirbuch entnommen waren. Das braucht man im Nothfalle draußen am Lech nicht zu wissen, aber wenn man seiner Sache nicht sicher ist, muß man auch solche Bemerkungen nicht machen, um wie viel weniger, wenn man es besser wissen kann! Mehr oder weniger werden doch die öffentlichen Blätter die Stimmung und Charakter ihres Kreises widerspiegeln, und man konnte in Augsburg wissen, daß in den Blättern Aachens noch keinen Augenblick Anstand genommen wurde, Louis Napoleon und seine Maßregeln bei ihrem rechten Namen zu nennen, ehrlicher, unumwundener, als die Augsburger Allgemeine je gethan, was seine Gründe hat, da sie, wie ihre Redaktion erklärt hat, nur für Fürsten oder zartfühlende Diplomaten schreibt. Man könnte den Unfinn überleben, aber man muß fragen, was die ganze Gründung soll. Man ist nicht blöde am Rheine, am allerwenigsten, wenn es sich um den französischen Imperialismus handelt, über und gegen den nur Eine Stimme ist.

Reisse, 7. April. [Ein recht beklagenswerther Unfall] hat sich hier ereignet, der sich, soweit wir hierüber unterrichtet, folgendermaßen zugetragen haben soll. Mehrere Offiziere der hiesigen Garnison hatten nämlich am 3. d. in den Schießständen des 22. Inf. Regts. eine Schießübung veranstaltet, bei der auch unter Andern der hiesige Gerichtsassessor M. mit seiner Gattin und deren Schwester gegenwärtig waren. Die beiden Damen nahmen ebenfalls an der Schießübung Theil und man war heiter. Die Gattin des Hrn. M. erbat sich, als an sie die Reihe zum Schießen kam, das Pistol des Lieutenants S., welches ihr derselbe geladen darreichte. Die Dame ergreift dasselbe, in demselben Moment aber geht das Pistol los und sie sinkt, durch das Herz getroffen, todt nieder. Durch welchen unglücklichen Zufall die Entladung des Pistols erfolgte, ist nicht aufzuklären gewesen. (Br. 3.)

Stettin, 7. April. [Explosion.] Gestern früh gegen 7 Uhr explodirte ein Dampfkessel in der Dampfmaschine des Herrn J. Berthelm in der Pommerensdorfer Anlage. Die Mauer des Kesselhäufes ward durchbrochen; eine Thür, Kofstübe u. s. w. wurden fortgeschleudert. Das heiße Wasser verbrühte einen Arbeiter, welcher vor der Thür circa 100 Schritt vom Drie der Explosion beschäftigt war, am Hinterkopf. Sonstige Beschädigungen von Personen kamen nicht vor; ein Arbeiter, welcher neben dem Kessel

stand, kam mit dem Schreck davon. Der Betrieb der Mühle wird durch die Explosion nicht unterbrochen, da noch zwei Dampfkessel vorhanden sind. (Dff. 3.)

Oestreich, Wien, 7. April. [Oestreich und der deutsche Bund.] Die „Oestreichische Zeitung“ läßt sich schreiben, man höre in allen kleindeutschen Zeitungen einen Schmerzensschrei nach Oestreich: O hilf! Wir haben nichts davon bemerkt. Nichts könnte auch thörichter sein, als Hilfe zu verlangen von dem, der sich selber nicht helfen kann. Sollte Deutschland mitten im Frieden von Frankreich überfallen werden, wozu augenblicklich noch kein Ansehen vorhanden ist, so wird es sich zeigen, ob Oestreich nicht den Willen oder nicht das Vermögen haben sollte, seine Bundespflichten zur Vertheidigung der deutschen Grenzen zu erfüllen, wozu Preußen bekanntlich jeden Augenblick bereit gewesen ist. Wir brauchen Oestreich wahrlich keine guten Worte zu geben. Abgesehen von seinem Patriotismus, an dem wir nicht zweifeln wollen, hat Oestreich auch die stärksten Gründe, in der Erfüllung seiner Bundespflichten nicht säumig zu sein. Denn natürlich wäre es in einem solchen Falle definitiv und für immer und ganz durch sich selbst aus Deutschland ausgeschieden. (R. 3.)

[Flüchtige Christen aus Bosnien.] Aus Petrinia (an der bosnischen Grenze), 20. März, wird der „Agr. Stz.“ gemeldet: „Seit einiger Zeit konnte man hier fast in jeder Woche ein paarmal bosnische Christen in kleineren Partien durchziehen sehen, welche aus Bosnien flüchtend herüberkamen und von hier aus weiter geschickt wurden, um tiefer im Lande Arbeit und Lebensunterhalt zu finden. Die Züge fielen nicht auf, nachdem man seit Jahren hier solche Gäste zu sehen so ziemlich gewohnt ist. Seit wenigen Tagen jedoch hat sich der Zuweg so bedeutend vermehrt, daß es in diesem Augenblicke von solchen Emigranten in den Straßen wimmelt und die öffentliche Mildthätigkeit fühlbar in Anspruch genommen wird. Gegenwärtig befinden sich hier über 150 Seelen beiderlei Geschlechts und jeden Alters. Ihren Erzählungen nach sind die meisten von der Kosovjaner und Kosovjaner Kabie. Sie haben ihr Besitzthum verlassen, um den Mißhandlungen der Türken zu entgehen. Ein alter Rajah aus Poljana in der Kosovjaner Kabie erzählte, daß die Türken zu vierzig bis fünfzig Mann stark bewaffnet in die Christendörfer eindringen und dort Leute, bei welchen sie Geld vermuten, so lange mißhandeln, bis sie den letzten Groschen aus ihnen erpreßt haben oder bis der Geschlagene unter dem Stocke sein Leben ausgehaucht. An der Grenze bei Kostajnica sollen vermögendere Rajahs Haus, Hof, Hab und Gut im Stiche gelassen haben, um nur ihr nacktes Leben retten zu können. Es wiederholt sich das Spiel der letztverflohenen Jahre und wird, wenn man den Worten der Flüchtlinge Glauben beimessen kann, noch größere Dimensionen annehmen.“

[Realschulen in Galizien.] Die kaiserliche Verordnung vom 18. Februar macht bekanntlich den Realbesitz der Israeliten in Galizien von einer gewissen Schulbildung abhängig. In einem Aufsatze der Zeitschrift für die österreichischen Realschulen heißt es hierüber: „Wer den Zweck will, muß auch die Mittel wälen. Einem Geleze gegenüber, welches die Ausführung eines der wichtigsten bürgerlichen Rechte an die Bedingung einer gewissen Schulbildung knüpft, entspringt nothwendig die Verpflichtung, den Erwerb dieser Schulbildung unter allen Umständen auch möglich zu machen. Dazu aber waren und sind bisher in Galizien noch kaum die ersten Anfänge vorhanden. Um hier nur von den Realschulen zu sprechen, so giebt es in beiden Verwaltungsgebieten (Lemberg und Krakau) zusammen genommen auf einem Flächenraum von 1420 Quadratmeilen (mit Einschluß der Bukowina 1600 Quadratmeilen) nicht mehr als vierzehn Realschulen und darunter bloß zwei Oberrealschulen. Von den 19 Kreisen des Landes besitzen 6, nämlich die Kreise Zolkiew (mit 81 Quadratmeilen), Sanok (mit 76 Quadratmeilen), Brzesan (mit 68 Quadratmeilen), Czortkow (mit 60 Quadratmeilen), Jaslo (mit 47 Quadratmeilen) und Rzeszow (mit 78 Quadratmeilen), mithin über 400 Quadratmeilen, nicht eine einzige! Die Bukowina auf 180 Quadratmeilen nur eine. Diese Zahlen sind sprechend.“

[Erdbeben.] Am 8. März um 2 Uhr 25 Min. Nachmittags fand in der Gegend Nesses (Kroatien) ein Erdbeben mit donnerähnlichem Rollen statt. Die Richtung war von Norden nach Süden, die Dauer des ersten Stoßes 2 Sekunden; der zweite erfolgte in einem Intervall von 1 Minute. Am 27. März, um 1 Uhr 15 Minuten Nachmittags, war nach vorhergegangenen Stürmen in derselben Gegend ein zweites Erdbeben ebenfalls von Nord nach Süd unter donnerähnlichem Rollen, jedoch mit bedeutender stärkerer Erschütterung zu verspüren. Die Dauer des Stoßes hielt 2 Sekunden an.

Wien, 8. April. [Tagesbericht.] Die heutige „Wiener Zeitung“ bringt den ersten Ausweis in Betreff der Subskription für die neueste Anleihe. Die Höhe der bisher gezeichneten Summe beträgt 32 Millionen Gulden. Der Termin für die Subskription in den Provinzen ist bis zum 14. April verlängert worden. — Das erste Kavallerie-Armeekorps wurde aufgelöst und der bisherige Kommandant desselben, der General der Kavallerie, Fürst Franz Liechtenstein, zum General-Kavallerie-Inspektor ernannt. — Mit Ende März war der Tag verstrichen, der als Zeitpunkt festgesetzt war, bis zu welchem die evangelischen Gemeinden Augsburger Konfession in Ungarn sich im Sinne des l. l. Patentes zu organisiren hatten. Es stellt sich nun heraus, daß 226 Gemeinden sich organisiert haben, dagegen 333 die Nichtannahme des kais. Patentes aussprechen. Erstere zählen 306,786, letztere 543,712 Seelen. — Der seit dem 15. März im Nothspitale in Pesth darniederliegende Studierende Gejza v. Forinyal ist am 2. d. verschieden. — Der Plattensee hat merkwürdiger Weise sein früheres, seit 15 Jahren verlassenes Bett wieder eingenommen. — In Prag wird, wie die „Pr. 3.“ als Kuriosität hervorhebt, so eben der 40. und 320. Theil eines Hauses sammt Garten erekutiv feilgeboten.

Bayern, München, 7. April. [Das Votum Bayerns in der kurhessischen Frage], nach seiner bisherigen Politik kaum anders zu erwarten, hat nichtsdestoweniger das Rechtsgefühl des ganzen Landes aufs Tiefste verletzt; die karlistischen Glossen, welche über den Vertreter Bayerns am Bunde in allen Gesellschaftskreisen zu hören sind, geben davon hinlänglich Kunde. Entgegen der offiziellen Entrüstung, mit der einige Blätter die Konsequenzen der preussischen Verwahrung gegen den Majoritätsbeschluß in dieser Frage besprechen, können wir als thatsächlich feststellen, daß jede entschiedene Abwendung Preußens von der bis-

herigen Bundestagspolitik in ganz Süddeutschland mit Freude begrüßt wird. (N. 3.)

[Pulverexplosion.] Ueber eine Pulverexplosion, welche am 28. v. M. in dem romantischen Mühlthale bei Starnberg stattfand, vernimmt man Folgendes: In der dortigen Pulvermühle waren zwei Arbeiter beschäftigt, von welchen der eine sich plötzlich zu der Arbeit eines eisernen Hammers bediente, obwohl der andere ihn auf die hieraus entstehende Gefahr aufmerksam machte. Da dessen Zureden nicht von Erfolg war, so entfernte sich dieser Arbeiter, um den Besizer in Kenntniß zu setzen. Dieser eilte mit dem Arbeiter sofort herbei, aber zu spät, denn als sie bei dem Gebäude ankamen, flog dieses in die Luft. Der Arbeiter, welcher ohne Zweifel das Unglück herbeigeführt, war augenblicklich todt, und der andere Arbeiter, wie Herr Meier, der Besizer der Pulvermühle, wurden so stark verwundet, daß beide seitdem auch gestorben sind. Ob der betreffende Arbeiter das Unglück mit Absicht herbeigeführt hat, wie man annehmen will, und zwar weil er bei einem Raffendiebstahle im Rentamt zu Starnberg betheiligte gewesen sein soll, wird sich nicht leicht aus der desfalls eingeleiteten Untersuchung ergeben.

Nürnberg, 7. April. [Die Lage Deutschlands.] Aus einem Artikel des „Nürn. Anzeiger“ (die betreffende Nummer ist konfisziert worden) entnehmen wir folgende Stelle: „Zwar ist das deutsche Volk, seitdem die deutschen Höfe nicht mehr in dem Meiste des Staatsreichs den Heiland auch ihres Absolutismus anbeten, Napoleon III. zum Danke verpflichtet. Sein Neujahrsgesandten an den österreichischen Gesandten und was darauf folgte, hat für den Augenblick einige Bande an dem Leibe des gefesselten deutschen Prometheus etwas gelockert, daß er einigermaßen freiere Athembewegungen thun konnte; die Presse erhob ihre unterdrückte Stimme; eine öffentliche Meinung, von welcher man lange keine Spur gesehen, war plötzlich, wie ein herausgezauberter Frühling, aufgetaucht; man hörte selbst aus jenen Regionen den Wiederhall des Wortes vom deutschen Vaterlande, von Einheit und Freiheit desselben, wo das Arndtsche Lied als hochverräterisch galt. So lange Napoleon von der natürlichen Grenze redet, aber schwerlich länger, wird uns wohl dieses Bischofen Freiheit bleiben, wenn man auch keineswegs im Sinne hat, was das deutsche Volk will. Dieser Dank, welchen wir dem Netzer der Gesellschaft zu Paris schulden, darf und wird uns aber keineswegs dahin bringen, zu verkennen, daß Europa so lange keine Ruhe hat, daß Deutschland so lange in Gefahr ist, als der 2. Dezember mit der Völkerbefreiung und mit den „natürlichen Grenzen“ beschäftigt ist. Darum: Mißtrauen und Wachsamkeit! Das deutsche Volk darf und wird nicht seine höchste Angelegenheit, die Frage seiner Christen, der „väterlichen“ Verfügung seiner Fürsten unbedingt überlassen; es muß auf eigenen Füßen seine ganze Kraft zusammennehmen, um vor Verrath und Ueberfall sicher zu sein. Es muß laut und öffentlich von seiner Stimmung, von seiner Entschlossenheit Kunde geben, jeden Verrath und jeden Angriff auf das deutsche Land und auf die deutsche Nationalität, komme er, woher er wolle, sofort niederzuschlagen. Die deutschen Stämme müssen erkennen, daß es vor Allem auf Preußen, auf den deutschen Landesfürsten, mit dem Deutschland lebt und stirbt, abgesehen ist; sie müssen sich daher um Preußen schaaren, damit Deutschland aufrecht bleibe, und damit nicht die schmachliche Voraussetzung eines „hochdeutschen“ Blattes in Erfüllung gehen könne, daß Preußen in einem Kampfe mit Frankreich auf keinen süddeutschen Bundesgenossen zählen könne. Schimpf und Schmach den feigen Lohndienern, die sich hochdeutsch nennen und solchen Verrath an Deutschland predigen! Wer im Kampfe gegen Frankreich nicht mit Preußen geht, ist gegen das deutsche Vaterland. Aber das deutsche Volk wird mit ihm gehen, sollten selbst Diejenigen undeutsch genug sein, nicht mit zu gehen, welche dazu berufen sind, die Fahne der deutschen Einheit voranzutragen.“

Württemberg, Stuttgart, 8. April. Nachdem der „Schwäb. Merkur“ und der „Beobachter“ den Sympathien unseres Landes für die Schweiz bereits wiederholt Ausdruck gegeben haben, wurde am 2. d. auf Anregung des „Beobachters“ in einer von Nürtingen gehaltenen Bürgerversammlung, in welcher alle Stände vertreten waren, folgende Eingabe an die Staatsregierung beschlossen: „Der unserm Vaterlande von Frankreich drohende, zunächst gegen die Selbstständigkeit der Schweiz gerichtete Angriff, zu dessen Abwehr, wie wir zuversichtlich hoffen, das ganze deutsche Volk sich erheben wird, mahnt uns, die königliche Staatsregierung unseres vollen Hingebung für die Sache unsers großen Vaterlandes zu versichern, und dieselbe zu bitten, im Vertrauen auf das Volk, welchem die deutschen Interessen gefährdenden Versuch ausländischer Vergrößerungspolitik und jeder Verletzung der dem eidgenössischen Bunde der Schweizer garantirten Rechte aufs entschiedenste entgegenzutreten. Ehrerbietigst u.“ (Folgen 64 Unterschriften.)

Baden, Karlsruhe, 7. April. [Zum Ministerwechsel.] Die Blätter bringen noch immer Berichte über den großen Jubel, mit dem das ganze Land den Ministerwechsel begrüßt hat. In den Rundgebungen der Freude zeichnete sich aber vor Allem Heidelberg aus, das am 3. d. in einem Zuge von mehr als 30 Wagen seine heimkehrenden Abgeordneten empfing und in die Stadt geleitete. Dort fand zu Ehren dieser Männer im Saale des Gasthofs zum Prinzen Mar eine Bürgerversammlung statt, an der außer dem Bürgermeister und den Vertretern der Hochschule auch Deputirte des Oberamtsbezirks Heidelberg, so wie zahlreiche angesehene Einwohner der Universitätsstadt Theil nahmen. Nach einem mit begeistertem Zuseh aufgenommenen Hoch auf den Großherzog nahm Welcker, von rauschendem Beifallssturm nicht selten unterbrochen, das Wort. Er hob namentlich hervor, daß es sich nicht entfernt um eine Bekämpfung des Katholizismus, sondern einer zu Uebergreifen aller Art geneigten intoleranten Partei handle, deren Grundsätze mit dem Wohl des Landes unverträglich seien. Bürgermeister Braumann sprach über die Liebe des badischen Volks zu seinem Fürsten und über die Eintracht zwischen beiden, und nachdem Pfarrer Altmann die wahrhaft edlen und deutschen Gesinnungen des Prinzen Wilhelm gerühmt hatte, wies Dr. Cantor in längerer Rede auf die hohen Verdienste des neuen Ministerialchefs Dr. Stabel hin. Schließlich machte Dr. Otto darauf aufmerksam, wie in dieser Versammlung Katholiken und Protestanten in Eintracht beisammen und gleich begeistert seien für das Wohl unseres engeren und des gesammten deutschen Vaterlandes.

Karlsruhe, 8. April. [Großherzogliches Manifest.] Es ist ein Manifest des Großherzogs erschienen, worin der Grundsatz der Selbstständigkeit

Großbritannien und Irland.

der katholischen Kirche proklamirt und hinzugefügt wird, daß ein unter dem Schutze der Verfassung stehendes Gesetz der Rechtsstellung der Kirche eine sichere Grundlage verbürgen wird. In diesem Gesetze und in den darauf zu bauenden weiteren Anordnungen wird der Inhalt der Uebereinkunft seinen berechtigten Ausdruck finden. Auch der protestantischen Kirche, sowie auch anderen Gesellschaften des Staatslebens, wird eine möglichst freie Entwicklung zugesagt. — Der Finanzminister Regener ist pensionirt worden und hat in Vogelmann einen Nachfolger erhalten. Auch noch andere wichtige Personalveränderungen haben stattgefunden.

**Hessen.** Marburg, 7. April. [Auswanderung.] Die in den letzten Jahren etwas in Abnahme begriffene Auswanderung aus unserer Provinz nach Nordamerika wächst in diesem Frühjahre wieder, wie wir aus den vielen durch das Wochenblatt veröffentlichten Gesuchen um Entlassung aus dem diesseitigen Unterthanenverbande entnehmen; auch in der Provinz Fulda nimmt die Auswanderungslust wieder zu; namentlich siedeln aus dieser Provinz viele Hand- und Bauarbeiter nach dem preussischen Westphalen über. (S. 3.)

Fulda, 8. April. [Kirchliche Zustände.] Die Gymnasialbildung scheint sich mit den Studien der katholischen Theologie in unserm Seminarium nicht mehr vertragen zu können; wenigstens wird allen Abiturienten, die sich der Theologie widmen wollen, schon seit einer Reihe von Jahren der Eintritt in das Priesterseminarium erschwert und den nicht Aufgenommenen der freundliche Rath ertheilt, sich in einem ausländischen Seminarium um Verwendung zu bewerben. Dies geschieht aber nicht etwa, um dem Mangel an Geistlichen in anderen Diözesen abzuhelfen, sondern lediglich aus Vorliebe für das seit einigen Jahren bestehende Knabenseminar. Die Kammern dieses Pfarres sind die Lieblinge unseres Oberhirten! Sie werden eben denen vorgezogen, die sich auf dem Gymnasium zum Studium der Theologie vorbereitet und somit das „Gift der Welt“ gekostet haben. Diese Vorliebe geht so weit, daß man jetzt bestimmt erklärt haben soll, in Zukunft nur Böglinge des Knabenseminars in das Priesterseminar aufnehmen zu wollen. Demzufolge ist auch bereits einem Stadttheologen neuerdings die Aufnahme in das Priesterseminar ohne alle Angabe eines Grundes verweigert worden, und die Abiturienten des Gymnasiums haben im Hinblick auf die oberhirtliche Erklärung bereits Schritte gethan, um in ausländischen Diözesen Aufnahme zu finden. Man sieht, daß in Kurhessen auch ohne Konkordat der Jesuitismus allmächtig zu werden beginnt. (D. S.)

**Sächs. Herzogth.** Koburg, 4. April. [Warnung für Auswanderer.] Das Regierungsblatt enthält eine amtliche Warnung vor der Auswanderung nach Amerika. Die betreffende Ministerialbescheinigung sagt nämlich: daß nach einer aus Baltimore eingegangenen Mittheilung des Nachweisungsbureaus für Auswanderer in Bremen solche nach den nordamerikanischen Freistaaten ausgewanderte Deutsche, welche entweder ganz mittel- oder mit wenigen Mitteln versehen angekommen und nicht geeignet gewesen sind, sich durch Handarbeit einen genügenden Verdienst zu verschaffen, bald in sehr bedrängte Lage gerathen und entweder der Armenunterstützung oder dem Arbeitshaus und Zucht- haus verfallen seien. Dabin gehörten gewöhnliche Handarbeiter und Tagelöhner, denen die Mittel fehlten, in das Innere von Nordamerika zu gelangen und die deshalb in den Hafenplätzen bleiben müssen, wo Ueberfluß an solchen Handarbeitern herrscht; ferner alle schwächliche, fränkliche oder mit Körpergebrechen behaftete Personen, welche nur dürftigen und ungenügenden Unterhalt finden, so wie Frauenzimmer mit Kindern, ohne Männer und Ernährer.

Apolda, 5. April. [Arndt und der Apoldaer Gemeindevorstand.] Eine eigenthümliche Art der Auffassung hat die hier angeregte Betheiligung an der Feier des Andenkens an Arndt von Seiten unserer Polizeibehörde erfahren. Als nämlich am 16. März eine Versammlung hiesiger Stadtbewohner nach vorausgegangenem öffentlichen Aufruf zu dem angeordneten Zwecke stattfand, betrat ein Polizeidiener das Versammlungslokal und überreichte dem provisorischen Komitee eine an letzteres gerichtete Zuschrift des hiesigen Gemeindevorstandes, die nach der „D. A. Z.“ wortgetreu folgendermaßen lautet: „Daß der verstorbene Prof. Arndt zu Bonn sich um Deutschland und deutsches Wesen großen Verdienste erworben hat, wer vermöchte das zu leugnen! Es ist daher das Bestreben dessen Vaterstadt (?) Bonn, in unserer denkmalsreichen Zeit auch ihrem verdienten Todten ein, Bonn zierendes Denkmal auf Deutschlands Kosten setzen zu lassen, eben so löblich als natürlich. Aber Arndt war kein Schiller und dürften daher alle mit Arndts Größe nicht im Verhältnis stehenden Ovationen in Deutschland, zumal wenn in denselben mehr die politische Färbung, als die Feier des Todten zu Tage treten will, mindestens als unpassend angesprochen werden können. Jedensfalls aber findet der Patriotismus Apolda's in der Hebung und Viderung des jetzt hier herrschenden Nothstandes zur Zeit ein viel passenderes Objekt seiner Humanität, als in der augenblicklichen Förderung des Arndtdenkmal's, welche letztere zur Störung der Suppenanstalts-Subskription immerhin mehr oder weniger geeignet sein könnte. Daber aber und da es unsere Pflicht ist, zunächst an Apolda und dann erst weiter zu denken, ferner, da wir dem auch an uns gelangten Aufruf des Arndtdenkmal-Komitee zu Bonn die gebührende Berücksichtigung selbst rechtzeitig angebeihen lassen werden, damit auch in dieser Hinsicht Apolda nicht hinter anderen deutschen Städten gleichen Ranges zurückbleibt, endlich, da in dem obnehin jetzt sehr gedrückten Apolda nicht gleichzeitig für zwei Zwecke gesammelt werden kann: daher wird dem provisorischen Arndtdenkmal-Komitee allhier unter Bezugnahme auf die allerhöchste Verordnung vom 4. April 1856 hierdurch eröffnet, daß wir jeder vor der erfolgten Landespolizeilichen Gesellschaftszugenehmigung etwa hervortretenden Wirksamkeit eines etwaigen hiesigen Arndtdenkmal-Komitee oder Vereins, namentlich aber eigenmächtigen Beitragsammlungen desselben in hiesiger Stadt entgegenzutreten werden. Wir haben aber zu dem lokalen Sinn des hiesigen Publikums das feste Vertrauen, daß man das Nöthige dem weniger Nöthigen selbst vorziehen, und daß man sich Seitens des Arndtdenkmal-Komitee allhier nunmehr vor allen Dingen der Armen Apolda's und der für Viderung deren Noth gestifteten Suppenanstalt soweit, als dies Seiten des Herrn Verleger Wiedemann nicht schon der Fall gewesen ist, lebhafter erinnern werde. Apolda, 14. März 1860. Der Gemeindevorstand daselbst. G. Franke.“

London, 6. April. [Tagesnotizen.] Gestern fand in der Privatkapelle des Schlosses zu Windsor die Konfirmation des Prinzen Alfred statt. — Das Kriegsministerium hat auf Anordnung der Militär-Arzte die Errichtung einer Heil- und Erholungs-Anstalt auf dem Kap der guten Hoffnung beschlossen. Dies Institut ist zur Aufnahme der kranken und verwundeten Soldaten bestimmt, die zu den in China dienenden Korps gehören, und für welche die Reise bis nach England eine zu große Anstrengung ist. — Wegen des Ablebens der verwitweten Gräfin Elgin wird Lord Elgin wie der „Globe“ vernimmt, seine Abreise nach China noch um einige Zeit verschoben müssen. (Schon wieder?! D. Red.) — Der größere Theil der Kanalflotte, welche vor Kurzem in Gibraltar war, ist von dort nach Plymouth zurückgekehrt. — Die türkische Regierung läßt durch ihren hiesigen Gesandten in den Zeitungen bekannt machen, daß alle Gerüchte über den bevorstehenden Abschluß einer neuen Anleihe aus der Luft gegriffen sind. — Die Frau des afrikanischen Reisenden D. Livingstone ist am 3. April vom Kap wieder in England eingetroffen, nachdem sie ihren Mann 800 englische Meilen weit ins Innere Afrika's begleitet hatte, um ihren Vater, den Missionar Moffat, zu besuchen. Sie will an Bord des Dampfers, den die Regierung zur Befahrung des Zambesi bauen läßt, demnächst wieder zu ihrem Manne nach Afrika zurückreisen. — Der englische Gesandte am Hofe von Petersburg, Sir John E. Crampton, hat sich mit der Säng'rin Victoire Balse, Tochter des englischen Komponisten Balse, verheirathet. — Das Parlamentmitglied Herr Lindsay hat Lord J. Russell in einem langen Briefe nochmals das Wünschenswerthe jener in den letzten Jahren mehrfach in Anregung gebrachten Reform des Seerechts darzuthun gesucht, welche darin besteht, daß in Zukunft in Kriegszeiten alle Kaufschiffe nebst ihrer Ladung, gleichviel, ob Schiff und Ladung Eigenthum von Feinden oder Neutralen sind, gegen die Wegnahme gesichert sein sollen. Die sechs Zeilen lange Antwort Lord J. Russell's lautet nicht ermutigend für die Freunde der Neuerung. Er sagt, die Regierung werde den Vorschlag in gebührender Weise in Erwägung ziehen; doch scheint es ihm, daß sich ernstliche Einwände gegen denselben erheben ließen. Die „Times“ spricht sich, wie sie auch schon früher gethan hat, gegen die projektirte Veränderung aus.

[Zur savoyischen Frage; der spanisch-marokkanische Krieg.] Die als englisches Organ der französischen Regierung geltende „Morning Chronicle“ erklärt mit durchschossener Schrift, der Kaiser fühle sich sehr gekränkt und verlegt darüber, daß man ihm Mangel an Loyalität gegen England vorwerfe. Nichts wäre einfacher und begreiflicher, als daß das englische Volk die Annexion Savoyens und Nizza's able, daß es das mächtige Interesse, welches die Sache für Frankreich habe, nicht verstehe oder falsch auffasse; aber daß man der Regierung des Kaisers Mangel an Ehre vorwerfe, das verlege das Nationalgefühl eines großen Volkes und die persönlichen Gefühle des Kaisers. (Trotz alledem und alledem spielt nun der Kaiser auch noch den Beleidigten, wie ja gemeinhin die Leute sich beleidigt fühlen, wenn man ihnen die Wahrheit sagt. Das ist in der That fast — komisch! D. Red.) Einer Depesche des Neuterischen Telegraphenbureaus aus Wien vom 3. d. zufolge wären „die drei nordischen Höfe“ übereingekommen, sich mit den Forderungen der Schweiz einfach auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege zu beschäftigen, weil die Großmächte, wenn sie zu einem Kongreß zusammenträten, um die Ansprüche der Schweiz zu erörtern, damit stillschweigend und mittelbar die Legalität der Annexion Savoyens in Frankreich anerkennen würden. Aus diesem Grunde wollten sie an keinem Kongresse und an keiner Konferenz Theil nehmen, deren Gegenstand die Regelung der Annexionsfrage wäre. — Die englischen Blätter weisen mit Genugthuung darauf hin, daß sich jetzt die Unerpreislichkeit des spanisch-marokkanischen Krieges herausstelle. O'Donnell habe den Titel Herzog von Tetuan, aber keine Popularität und keine Sicherheit auf seinem Posten gewonnen. Beweis dafür sei die Montemolinische Schilderhebung des Generals Ortega!

Frankreich.

Paris, 6. April. [Tagesbericht.] In Folge des schönen Wetters, das wir seit drei Tagen haben, war Longchamps sehr besucht. Die neuen Equipagen, Eyren und Frühjahrs toiletten waren sehr glänzend. Der Kaiser, die Kaiserin und der kaiserl. Prinz waren ebenfalls anwesend. — Der „Moniteur“ erklärt die Angabe, als sollten die Infanterieregimenter um zwei Kompagnien vermindert werden, für un gegründet. — Es wird bemerkt, daß, obgleich seit acht Jahren die Bevölkerung Frankreichs fast gar nicht zugenommen, die Ausgaben von 1200—1300 Millionen auf nahe 2 Milliarden gestiegen sind, und daneben noch die Staatschuld von 5 auf mehr als 9 Milliarden angewachsen ist, daß ferner die außerordentlichen Ausgaben für den italienischen Krieg 4—500 Mill. betragen. — Dem gestern vom „Moniteur“ gebrachten Berichte über die Senatssitzung vom 29. März ist von der Regierung eine Deffentlichkeit und Verbreitung gegeben worden, wie sie bisher noch keine Verhandlung dieses Staatskörpers im zweiten Kaiserreich erhalten hatte. Nicht nur, daß die Monteurbogen in allen Stadtvierteln von Paris und in allen Gemeinden Frankreichs öffentlich an die Mauern zu allgemeiner Lektüre angeschlagen worden sind, nein, der Bericht, der die verschiedenen Reden, namentlich die Dupins des Älteren, nicht im Auszuge, sondern wörtlich wiedergibt, wird durch fliegende Buchhändler in den Straßen kolportirt. — Der General Fleury, erster Stallmeister des Kaisers, ist in besonderer Mission nach London abgegangen. — Im „Bulletin des Lois“ finden wir heute den am 9. Oktober 1858 zwischen Frankreich und Japan abgeschlossenen Friedens-, Freundschafts- und Handelsvertrag. — Dem „Journal du Havre“ zufolge wäre der Friede in Koshinchina bereits definitiv unterzeichnet; Frankreich würde im Besitz von Saigon bleiben und Spanien die Turon-Bai behalten. — Das zu St. Pierre auf Martinique erscheinende Blatt „La France d'Outre-Mer“ ist wegen Abdrucks des Artikels verbannt worden, dessentwegen der „Correspondant“ unterdrückt wurde. — Das von Doulon nach der Küste Italiens abgegangene Uebungsgeschwader hat durchaus keinen politischen Zweck; es soll nur Veruche in einer neuen Seetaktik anstellen, wie sie alle Frühjahre gemacht werden. — Der Bischof von Algier hat eine vollständige Abhandlung über die weltliche Souveränität des Papstes veröffentlicht. — Der protest des jungen Großherzogs von Toscana wird heute hier veröffentlicht. Herr v. Nerli, der bisherige

Vertreter der lothringischen Interessen alhier, ist nach Dresden abgereist. — Die verschiedenen diplomatischen Vertreter der auswärtigen Mächte alhier haben durch den päpstlichen Nuntius jeder eine Abschrift der Exkommunikationsbulle erhalten. — Oberst Besson vom Generalstabe ist zum Kommissar für die Befestigung der Grenze zwischen Frankreich und Piemont ernannt. — Wie das „Univers“ als „Monde“, so ist nun auch die unterdrückte „Bretagne“ als „L'Armorique“ wieder auferstanden und vorgestern zum ersten Male erschienen. — Das Faubourg St. Germain geht aufs Land, giebt gar keine Gesellschaften mehr und schränkt sich aufs Nothwendigste ein, um seine Ersparnisse dem heiligen Vater zuzuwenden. Herr v. G., der 550,000 Fr. Rente hat, wird mit 50,000 auszukommen versuchen und alljährlich eine halbe Million nach Rom schicken. Vorige Woche hat Herr v. Corcelles 500,000 Fr. Ertrag einer Kollekte, und der Abbé de M. 200,000 Fr. dem heil. Vater überbracht. — Der Kontradmiral Baudin hat sich auf seinen Posten nach Algier begeben. — Hier gibt das Gerücht, daß mehrere französische Flüchtlinge, darunter Oberst Charras, sich gegenwärtig in der Schweiz aufhielten um den Widerstand der schweizerischen Bevölkerung anzufeuern. Es ist nicht nöthig, auf die Unwahrscheinlichkeit des letzten Theiles dieses Gerüchtes aufmerksam zu machen, nicht deshalb, weil Charras und seine Gefährten nicht einen Unterschied zwischen den Interessen Frankreichs und denen der kaiserlichen Politik machen sollten, sondern deshalb, weil die Schweizer in ihrer eigenen Sache weder fremden Rathes und fremder Aufmunterung bedürftig sind, noch sie entgegennehmen. — Fürst Poniatowski gab am letzten Sonnabend der Direktion der großen Oper und den Künstlern, welche in seiner Oper mitgewirkt, ein großes Souper von 50 Gedecken. — Vorgestern hat sich im Hotel du Louvre eine Association für Handelsreform konstituiert; der Präsident der Handelskammer von Mühlhausen, Dollfus, wurde zum Vorsitzenden erwählt. Circa 100 Industrielle, Handeltreibende und Landwirthe aus allen Gegenden Frankreichs haben sich dabei beihiligt. — Vorgestern hat in Poissy unter dem Vorsitz des Handels- und Ackerbauministers Rouher, die Preisvertheilung in der alljährlichen Bewerhung für Schlachtvieh stattgefunden. Der „Moniteur“ theilt den Wortlaut der Rede mit, welche der Minister dabei gehalten hat. Der Maire von Poissy erhielt bei dieser Gelegenheit das Kreuz der Ehrenlegion. — In Orleans sind sieben Personen wegen Anfertigung von Zweif- und Einfrankensstücken verhaftet worden. — Das „Avenir de Nice“ nennt sich in Zukunft „Messager de Nice“.

[Belgien und Frankreich; die orientalische Frage.] Die belgische Regierung hat sich in jüngster Zeit wegen der Politik Frankreichs sehr besorgt gezeigt. Ihre Bestimmung ist älter als die Ära der Annexionen: sie schreibt sich von den Einbrüchen her, die König Leopold im vorigen Jahre auf seiner Reise nach Biarritz erhalten hat. Die Unterhaltungen der beiden Fürsten in jenem Badeorte hatten dem König die Ueberzeugung eingeflößt, daß Napoleon III. sich mit großen Plänen trägt, und die savoyische Angelegenheit war nicht geeignet, mit der Einbildung, daß man sich geirrt habe, zu trösten. In Berücksichtigung dieser besonderen Bestimmungen in Belgien hat Herr Thouvenot in seinem Rundschreiben vom 19. März die Schöpfung des belgischen Staates als eine hinreichende Genugthuung für Frankreich dargestellt. Wie ich höre, ist Frankreich nun aber Belgien gegenüber noch einen Schritt weiter gegangen. Graf v. Pradt, den man hier den permanenten Minister des Königs Leopold nennt, war vor Kurzem in Paris und hat die unzweideutigsten Zusicherungen erhalten, die man auch noch besonders schriftlich formulirt hat. Von anderer Seite erfahre ich, daß General Fleury in vertraulicher Mission nach London gegangen sei. Diese Reise ist jedenfalls im Sinne der Allianz anzusehen und hat vielleicht auf den Schiffahrtsvertrag Bezug, zu dessen Abschließung der Kaiser sich bereit erklärt haben soll. Die im Publikum wenig bekannt gewordenen jüngsten Unterhandlungen zwischen England und Frankreich haben in der That ein neues Pfand der Freundschaft nöthig gemacht; aber so wahrscheinlich dessen Auswechslung geworden ist, die im Spiele befindlichen Interessen sind so vielseitig, daß sich über die Gestalt der Verhältnisse wenig mit Bestimmtheit voraussagen läßt. Die orientalische Angelegenheit wird vielleicht sehr bald die Feuerprobe der westlichen Allianz werden. Lord Palmerston ist, wie wir interessante Mittheilungen eines aus London zurückkehrenden Diplomaten beweisen, wegen einer russisch-französischen Kombination zur Lösung der orientalischen Frage nicht unbesorgt und fürchtet, daß diese beiden Mächte die Krisis beschleunigen. Sein Gewissen sagt ihm, daß Frankreich bei einem Uebereinkommen mit England zur Entscheidung der bevorstehenden orientalischen Krisis nichts zu gewinnen habe, während es im Bunde mit Rußland große Aussichten und vielleicht große Entschädigungen erwartet. (Pr. Z.)

[Beziehungen zu England und Rom.] Die Beziehungen Frankreichs zu England haben sich nicht besser gestaltet, und es scheint, daß man jetzt dieser Macht mit einem französisch-russisch-österreichischen Bündnisse droht. Damit scheint eine heutzutage offiziöse Mittheilung des „Pays“ in Verbindung zu stehen, worin Piemont der Rath ertheilt wird, jetzt nicht an weitere Berggrößen zu denken, sondern sich ganz einfach mit der Organisation des Erworbenen zu beschäftigen. Mit Rom soll man jetzt besser stehen, so versichert man wenigstens, und führt als Beweis an, daß es den römischen Werbern erlaubt worden ist, ein Werbe-Bureau in Marseille zu errichten, während man sie vor einiger Zeit aus Frankreich auswies und per Schiff nach Civitavecchia brachte.

[Die Beschlagnahme der Korrespondenz für den päpstlichen Nuntius.] Was die bekannte Beschlagnahme der für den Nuntius bestimmten Korrespondenz seines Hofes betrifft, so hat sich am 4. d. das ganze diplomatische Korps zu Herrn Thouvenot begeben, um von ihm Erklärungen über diesen besprechenden Vorfalle zu begehren. Der Herr Minister hat die Sache einem unverzählichen Mißgriffe der Polizei in die Schuhe geschoben, sein lebhaftes Bedauern ausgedrückt und versprochen, daß so etwas niemals mehr vorkommen würde. Das ist ein Trost! Uebrigens waren Herrn Louis Veillot seine Papiere nicht in seiner Wohnung, sondern gleich bei seiner Ankunft auf dem Eyoner Bahnhofe fortgenommen worden. Von Rom aus hatte er einen freundlichen Reisegefährten, der sich ihm mit den wohlwollendsten Bezeugungen angeschlossen und der, als er in Paris herzlichen Abschied von ihm nahm, gleich durch einen andern freundlichen Herrn ersetzt wurde, der Herrn Veillot hat, ihn nach einem der Bureau zu begleiten, wo die Koffer ihrer papiernen Bürde, worunter sich









